
Forscher: Junge Menschen in Berlin schneller in Ausbildung bringen

31.03.23 | Berlin

Forscher: Junge Menschen in Berlin schneller in Ausbildung bringen

Studie des f-bb-Instituts bemängelt bei Vorbereitungsmaßnahmen für das Berufsleben „Intransparenz und Parallelstrukturen“

Jungen Menschen in Berlin sollte der Übergang von der Schule in die Arbeitswelt deutlich erleichtert werden. Auf diese Weise könnten sich wesentlich mehr Jungen und Mädchen als heute erfolgreich um einen dualen Ausbildungsplatz bewerben. Dazu müsste der so genannte Übergangsbereich in der Hauptstadt mit zahlreichen Angeboten zur Berufsvorbereitung, zur Unterstützung von benachteiligten Jugendlichen oder zur vollzeitschulischen Ausbildung entschlackt und optimiert werden. Das ist die Kernbotschaft eines Gutachtens zum Berliner Ausbildungsmarkt, welches das [Forschungsinstitut Betriebliche Bildung \(f-bb\)](#) im Auftrag der Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB) erstellt hat.

„Im Berliner Übergangsbereich existieren Parallelstrukturen und Intransparenz“, sagte Susanne Kretschmer, f-bb-Geschäftsführerin und eine der Autorinnen der Studie. „Selbst professionelle

Beraterinnen und Berater haben oft den Überblick verloren. Würde man sich auf wirksame Instrumente in diesem Bereich konzentrieren und diese besser miteinander verzahnen, könnten die jungen Menschen beim Übergang in eine duale Ausbildung weitaus erfolgreicher sein.“ In der Konsequenz könne das Land die Ausgaben für den Übergangsbereich gezielter für die Förderung einsetzen. Als Beispiel nannte Kretschmer zusätzliche individuelle Coaching-Angebote rund um Berufsorientierung, Berufswahl und Jugendhilfe. „Damit ließe sich für viele junge Menschen, die für sich noch keine klare Perspektive sehen, der Weg in eine duale Ausbildung ebnen.“

Übergangssystem: Ziele oft unklar

Pro Jahr beginnen nach f-bb-Angaben nur rund 3.000 Schulabgängerinnen und -abgänger eine reguläre Ausbildung. Dagegen starten etwa 6.000 nach der Schule im Übergangssystem mit einer schulischen oder einer außerschulischen Maßnahme. Die Zielsetzungen dieser Maßnahmen seien oft unklar. Die meisten Jugendlichen wollten damit ihren Schulabschluss verbessern. Der Fokus müsse aber vielmehr darauf liegen, einen schnellen Übergang in eine Berufsausbildung zu unterstützen, regte das f-bb an.

Die Wirtschaft begrüßte die f-bb-Vorschläge. „Im Berliner Ausbildungssystem verschenkt die Politik zu viel Potenzial. Jugendliche besser auf das Berufsleben vorzubereiten und sie passgenau mit Unternehmen zusammenzubringen, ist der Schlüssel für eine Stärkung der Ausbildung“, sagte der stellvertretende UVB-Hauptgeschäftsführer Alexander Schirp. „Hamburg hat sein Übergangssystem vor zehn Jahren genau so umgebaut, wie es das f-bb jetzt für Berlin vorschlägt. Heute erntet die Stadt die Früchte dieser Reform.“

Ausbildungsplatz-Abgabe wäre eine doppelte Bestrafung

Eine [Ausbildungsplatz-Abgabe](#), wie sie CDU und SPD bei ihren Koalitionsverhandlungen diskutierten, sei dagegen der völlig falsche Weg, befand der Spitzenverband. Die Betriebe wollten ausbilden und müssten nicht mit der Androhung einer Strafzahlungen dazu gezwungen werden. „Firmen, die Auszubildende suchen, aber nicht finden, würden doppelt bestraft. Aus diesem Grund könnte die Abgabe auch die Justiz beschäftigen“, sagte Schirp.

Er warnte zudem vor dem hohen Aufwand, den eine Umlage bedeuten würde. „Eine zusätzliche Behörde mit mindestens 150 Beschäftigten würde die Firmen mit Bürokratie überziehen und Kosten im hohen zweistelligen Millionenbereich produzieren. Das passt nicht in die Zeit, denn die Unternehmen sind auf absehbare Zeit mit Fachkräftemangel, Krieg und Energiekrise schon genug belastet.“

Disclaimer

Die Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB) sind die Stimme der Wirtschaft in der

Hauptstadtregion. Wir stehen für 60 Mitgliedsverbände aus allen wichtigen Branchen, von der Autoindustrie bis zur Startup-Branche. Als Landesvereinigung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und Landesvertretung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) setzen wir uns für die Belange der regionalen Wirtschaft auf Bundesebene ein. Unser ordnungspolitisches Leitbild ist die Soziale Marktwirtschaft mit einem funktionierenden Wettbewerb. Für uns sind unternehmerische Freiheit, ökonomische Leistungsfähigkeit und Verantwortung für das Gemeinwohl untrennbar miteinander verbunden.

- [Auf Xing teilen](#)
- [Auf Facebook teilen](#)
- [Auf X teilen](#)
- [Auf LinkedIn teilen](#)

- [Drucken](#)
- [Als PDF speichern](#)

Studie

f-bb: Impulse zur Optimierung des Übergangssektors Schule-Beruf

Wie der Weg von der Schule ins Berufsleben in Berlin besser organisiert werden kann.

[Download \(1 MB\)](#)

Ihr Ansprechpartner zum Thema Ausbildung

Berufs-, Schul- und Ausbildungspolitik

Thoralf

Marks

Telefon:

+49 30 31005-209

Telefax:

+49 30 31005-240

E-Mail:

Marks [at] uvb-online.de

[Download VCF](#)

Pressekontakt

Abteilungsleiter Presse und Kommunikation, Pressesprecher

Carsten

Brönstrup

Telefon:
+49 30 31005-114

Telefax:

+49 30 31005-166

E-Mail:

Broenstrup [at] uvb-online.de

[Download VCF](#)